

# ZEITSCHRIFTENSCHAU

GUDRUN CHO

Im beobachteten Zeitraum (bis Ende April) stehen drei Themen im Mittelpunkt der analytischen Betrachtung: Die Kulturrevolution in China, die Situation im geteilten Korea, der Sturz Sihanouks in Kambodscha. Das dritte, zur Zeit aktuellste Thema, ist in den Vierteljahresschriften noch nicht vertreten. Um so interessanter ist es, daß die Vierteljahresschrift **The Pacific Community** (Nr. 3, April 1970, S. 341–352) einen von Prinz Sihanouk geschriebenen Artikel „**How Cambodia fares in the changing Indochina Peninsula**“ bringt.

In dem durchweg optimistisch gehaltenen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage Kambodschas schreibt der Prinz u. a., daß auf der Indochinesischen Halbinsel Kambodscha eines der Länder sei, dem es am besten ginge und das im ersten Viertel des Jahres 1970 die wenigsten Probleme habe. Das Grundproblem des Landes — seine prekäre Neutralität — spiegeln die folgenden, fast widersprüchlichen Sätze: „The United States, for its part, more than once in the past has tried to get rid of our régime which is regarded as too proudly independent. The American press, whose specialty has been to discredit me, evokes with glee the distressing end it foresees for our country under the claws of Communist or Communized neighbours.“

„... it is permitted to hope that, to defend its world interests (and indeed not for our sake), the United States will not disentangle itself too quickly from our area — in any case not before having established a more coherent policy which will enable our populations to face the Communist drive with some chance of success.“

Eine ausgezeichnete, wenn auch vielleicht etwas zu Sihanouk-freundliche Schilderung der Hintergründe des Sturzes bringt die französische Monatszeitung **Le Monde Diplomatique** (12. April 1970, S. 12–13 — „**Le coup de Phnom-Penh**“). Der Verfasser des Artikels, Daniel Roy (ehemals Presseattaché bei Prinz Sihanouk) zeichnet die systematische Vorbereitung des Putsches nach, dessen Anfänge in das Jahr 1966 zurückgehen. Damals erfuhr der über ausgezeichnete Informationsquellen verfügende Minister Chau Seng, daß die äußerste Rechte, ermutigt durch den Staatsstreich in Indonesien, den noch zurückhaltenden General Lon Nol zum Instrument eines ähnlichen Unternehmens ausersehen hatte. Chau Seng warnte Prinz Sihanouk, aber Lon Nol gelang es, den Minister zunächst aus dem Kabinett und später aus dem Land zu vertreiben.

Die Fragen: Warum hat Sihanouk trotz der Warnung nichts gegen Lon Nol und sein Triumvirat Sirik Matak, Yem Sambaur und Op Kim Ang unternommen, warum hat er mit angesehen, wie seine Anhänger langsam ausgeschaltet wurden, und warum ist er nicht sofort nach Kambodscha zurückgekehrt, als die Lage akut wurde? Lassen sich nach Meinung des Autors nur damit beantworten, daß Sihanouk auf Grund seines übergroßen Selbstvertrauens und des Vertrauens zu seiner Popularität beim Volke



einfach nicht an die Möglichkeit seiner Absetzung glaubte. Der Autor beschreibt, wie es den Gegnern Sihanouks gelang, diese Popularität allmählich durch wirtschaftliche Versprechungen und vor allem durch die Anheizung des Nationalismus mit Hilfe der im kambodschanischen Volk tief verwurzelten „Vietnamophobie“ zu untergraben.

Die Motive, die Sihanouks Gegner zu ihrem Vorgehen bewogen, untersucht Daniel Roy nicht direkt. Aus dem Artikel geht aber eindeutig hervor, daß er den Sätzen zustimmen würde, mit denen T. D. Allman in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 15, 9. April 1970, S. 17–22) seinen Artikel „Anatomy of a Coup“ einleitet: „The move to take advantage of Sihanouk's absence from the country was in many ways a short-sighted and selfish one. Short-sighted because Sihanouk's removal from office endangered the delicate balance that Cambodia has kept between war and peace, the communists and the anti-communists; selfish because the anti-Sihanouk forces' main complaint — when all the charges are boiled down — was that the prince, during almost three decades of one-man rule, had deprived the aristocracy, the bourgeoisie and the army of their traditional slice of the financial action and of their accustomed place in the sun. It was an upper-class coup, not a revolution.“

T. D. Allman, der Kambodscha-Korrespondent von **Far Eastern Economic Review** ist, schildert in einem zweiten Artikel (Nr. 17, 23. April 1970, S. 32–34 — „**Honeymoon with Disaster**“), wie der Krieg auf Kambodscha überzugreifen beginnt, während das Volk noch an einen wirtschaftlichen Aufschwung glaubt. Höchstens ein paar Monate wird dieser Glauben währen können, dann wird sich die Krise in ihrem ganzen Ausmaß zeigen, werden doch die Auslandsinvestitionen ausbleiben, und das Volk wird die Schrecken der modernen Kriegsführung kennenlernen. Der Autor zieht die philosophische Schlußfolgerung: „The tragedy, of course, is that all this has been so completely unnecessary — unless one assumes that human beings, by their very nature, must bring woe upon themselves because they are too fickle to be satisfied indefinitely with peace, a modest but adequate income and the traditional satisfactions of life.“

Die Auseinandersetzung zwischen Prinz Sihanouk und der jetzigen Regierung Kambodschas läßt sich direkt verfolgen: einerseits in **Peking Rundschau**, wo die Stellungnahmen Prinz Sihanouks im Wortlaut wiedergegeben und kräftig unterstützt werden, andererseits in **Réalités Cambodgiennes**, einer in Phnom-Penh erscheinenden Wochenzeitung, die „erfüllt“ ist von der anti-Sihanouk- und anti-Vietnamesen-Kampagne.

Mit der **Situation im geteilten Korea** befaßt sich der Aufsatz „**Divided Korea 1969: Consolidating for Transition**“ (**Asian Survey**, Nr. 1, Januar 1970, S. 30–42) von Jungwon Alexander Kim (Associate Professor of Political Science and Senior Research Fellow at the Research Institute on Communist Affairs at Columbia University). Der Autor stellt dar, wie beide Regime um ihre Konsolidierung bemüht sind, was Südkorea vorläufig durch die Verfassungsänderung, mit der Präsident Park eine dritte Amtszeit ermöglicht wurde, gelungen ist. Ob Kim Il-song bis Ende der siebziger Jahre im Amt bleiben wird, hängt nach Meinung des Verfassers eng mit der Lösung der Wiedervereinigungsfrage zusammen: „Kim Il-song has been promising reunification of the country under his leadership for more than two decades, and the regime has now set a target for the early 1970s. Should Kim fail to achieve his goals, he may prove vulnerable to charges that his boasts have been no more than hot air.“ Der Verfasser meint, es gibt in Nordkorea genügend Parteimitglieder, die Kim Il-song als hinderlich für ihren eigenen Aufstieg empfinden und auf den Moment warten, wo ein



Angriff auf ihn erfolgversprechend ist. In Südkorea hofft man, daß nach Kim Il-song eine Regierung kommt, die weniger von der Eroberung des Südens und mehr von Verhandlungen hält.

Mit der Feststellung: „North Korea is one of the most efficient totalitarian regimes existing in the world today“, beginnen Chong-sik Lee (Associate Professor of Political Science at the University of Pennsylvania) und Nam-sik Kim (Research Associate at the Asiatic Research Center, Korea University, Seoul) ihren Artikel **„Control and Administrative Mechanisms in the North Korean Countryside“** (*The Journal of Asian Studies*, Nr. 2, Februar 1970, S. 309–326). Die Autoren schildern den Kollektivierungsprozeß der nordkoreanischen Landwirtschaft, den die Partei 1958 für abgeschlossen erklärte. Sie analysieren die Rolle der Massenorganisationen in diesem Prozeß und die Veränderungen, die die Kollektivierung auf dem Gebiet der Lokalverwaltung gezeitigt hat. Die äußerlich erfolgreiche Durchführung der Kollektivierung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder die angestrebte Produktionssteigerung noch die Indoktrinierung der Bauern erreicht werden konnte. Das liegt nach Auffassung der Autoren nicht an Mängeln der „Kontrollmechanismen“, sondern vielmehr an einem Übereifer der Funktionäre, deren überstürzte Reformprogramme große Opfer von den Bauern forderten.

**„Political Parties and Political Development in South Korea“** (*Pacific Affairs*, Nr. 4, Winter 1969–1970, S. 446–467). In diesem Artikel untersucht Y. C. Han (Assistant Professor of Political Science at Florida State University) am Beispiel der 1963 gegründeten Regierungspartei (Democratic Republican party – DRP) die Bedingungen für die Entstehung von Parteien in Südkorea sowie deren Funktionen. Das Kernproblem sieht der Autor darin, daß der friedliche Machtübergang von einer Partei zur anderen nur theoretisch möglich ist, was einerseits am politischen Desinteresse der Bevölkerung, zum anderen an der Beschaffenheit der Regierungspartei liegt. Über die Verfassungsänderung zwecks Wiederwahl von Präsident Park bemerkt der Verfasser kurz und kritisch: „It was clearly demonstrated throughout the amendment struggle that the DRP exists primarily to serve as a main instrument for a particular person in perpetuating his personal rule.“

**„Mao's Cultural Revolution: The Struggle to Consolidate Power“** (*The China Quarterly*, Nr. 41, Januar–März 1970, S. 1–25). Anhand von Lin Piaos Bericht vor dem Neunten Parteikongreß analysiert Philip Bridgman (Research Analyst in the C.I.A.) die Ziele und Fehlschläge der Kulturrevolution. Mit der Kulturrevolution habe Mao vor allem seine Gegner in Partei und Regierung entlarven und liquidieren wollen. Die Kulturrevolution habe jedoch eine äußerst komplizierte Situation geschaffen, in der es laut Mao schwierig wurde, zwischen Freunden und Feinden zu unterscheiden.

Zum Erfolg der erklärten Ziele der Kulturrevolution schreibt der Verfasser:

1. Die Niederschlagung des Revisionismus ist am erfolgreichsten verlaufen. In der ersten, destruktiven Phase der Kulturrevolution ist es Mao im großen und ganzen gelungen, die Institutionen, denen man die Erzeugung des Revisionismus zuschrieb, radikal zu verändern, so z. B. die Regierungsbürokratie und das von der Bourgeoisie beherrschte Bildungssystem. Das kann jedoch nur ein vorübergehender Erfolg sein, denn auch die neuen, von der Kulturrevolution geschaffenen politischen und sozialen Institutionen werden eines Tages zu einem neuen Establishment verhärten.
2. Dem ehrgeizigen Ziel, die Natur des chinesischen Menschen durch eine politische Indoktrinierungskampagne nie dagewesenen Ausmaßes zu verändern, ist man weit-



aus weniger nahe gekommen. Dafür spricht die negative Reaktion auf den im Winter 1968–1969 unternommenen Versuch, einige der radikalen Maßnahmen des Großen Sprungs nach vorn und der Kommunisierungsprogramme wieder einzuführen. Die angestrebte Identifizierung des Volkes mit den Gedanken und Interessen Maos scheint der Grundfehler der Kulturrevolution zu sein, an dem sie früher oder später scheitern wird.

3. Die Stärkung und Konsolidierung der wirtschaftlichen Grundlage des Sozialismus, die mit Hilfe einiger in Maos Direktive vom 7. Mai 1966 enthaltenen Maßnahmen — wie die Entsendung von Menschen und Material auf das Land — erreicht werden sollte, hat nur minimalen Erfolg gehabt. Obwohl man sich der praktischen Schwierigkeiten gegenwärtig bewußt zu sein scheint, gibt es keinen Grund für die Annahme, daß Mao das Streben nach der Verwirklichung seiner Grundvision der Errichtung einer selbstlosen, egalitären, authentischen, kommunistischen Gesellschaft in China aufgegeben hat.

4. Am wenigsten Erfolg ist der Suche nach „revolutionären Nachfolgern“ beschieden gewesen. „At the very top, Lin Piao of course is now in place as Mao's successor, but there is considerable doubt both about Lin's health and his ability to endure after Mao is gone. As noted above, the Politburo is also weighted with hand-picked supporters, but few if any of these are both talented and youthful enough to take over when the present generation goes. It is at provincial and lower levels, however, where the failure to identify and promote to positions of leadership Mao's 'revolutionary Leftist' supporters has been most apparent.“

Eine etwas andere Meinung in bezug auf den Erfolg der Kulturrevolution vertritt Colina MacDougall in dem Artikel **„Ability: Is it Starting to Count?“** (*Far Eastern Economic Review*, Nr. 16, 16. April 1970, S. 75–78). MacDougall meint, die Abweichungen von den ursprünglichen Zielen in wirtschaftlicher und administrativer Hinsicht sind weniger Fehlschläge als vielmehr durch die Praxis bedingt: „the ideals of Maoism have to be somewhat tempered by reality.“ So sollte man in der Wirtschaftspolitik nicht auf Stillstand, sondern eher auf eine Atempause im langen Aufstieg zum wahren Kommunismus schließen. Die Kampagne zur Umgestaltung der Partei in eine proletarische Vorhut ist noch in vollem Gange, ihr Ablauf zeigt die Geschlossenheit der Pekinger Führung. „The cracks appear at the provincial and local levels where officials won't or can't properly implement the centre's policies.“ Die Führungskräfte in der Provinz, die in letzter Zeit abgelöst wurden, scheinen alle zu faktionalistisch gewesen zu sein. Wenn die Nachfolger oft Militärs waren, so sollte man daraus nicht auf „a planned military takeover“ schließen, sondern sich der Tatsache bewußt sein, daß es schwer ist, geeignete Kader für hohe Posten zu finden. Die Umbesetzungen deuten eher darauf hin, daß man mehr Wert auf Fähigkeit als auf revolutionären Geist legt. Der Trend scheint zu sein: „the people who can get things done, whether civilian or military, are in the public eye while the theorists are keeping to the background. Radicals are in the wings, pragmatists on stage. China badly needs to pick up the threads of normal life, and indeed is doing so.“

In seinem Artikel **„How stable is the Mao-Lin Regime?“** (*The Pacific Community*, Nr. 3, April 1970, S. 411–420) untersucht Cha Liang-yun die oppositionellen Kräfte in China, die er für ziemlich stark hält. Er schreibt: Das Mao-Lin-Regime wird nach Möglichkeit versuchen, einen Krieg mit der Sowjetunion zu vermeiden, weil es sich dessen bewußt ist, daß in einem Krieg die Anti-Mao-Kräfte die Gelegenheit ergreifen würden,



Mao zu stürzen. Ohne äußere Bedrohung hängt die Stabilität des Mao-Lin-Regimes davon ab, „whether the material and spiritual life of the broad masses remains humanly tolerable or crosses the fine line between the bearable and the unbearable“. Für den Augenblick, wo Mao stirbt, sieht der Autor Machtkämpfe voraus. Obwohl die Nachfolge Lin Piaos im neuen Parteistatut verankert ist, gibt es keine Garantie für dessen Machtübernahme. Der Autor zieht den Schluß: „Mao Tse-tung has, in fact, virtually assured that when he dies the choice of a successor will be decided by such violent means as war, rebellion, revolution and coup d'état — never by a vote in the Party Congress. The Party is a shambles because of Mao's own proclamation that ,rebellion is justified'. New — possibly more bitter — rebellions are only a matter of time.“